

TOGI Newsletter

34 | Sommer 2017

In dieser Ausgabe

1	Vorwort zur Bundestagswahl 2017.....	1
2	Herzlicher Dank an Katharina Große für die gute Zusammenarbeit	3
3	Gerne ambitionierter: ISEK Friedrichshafen auf dem Weg zur Stadt 4.0	3
4	Erster Nationaler Aktionsplan Open Government (#OGPDE)	5
5	28. Glienicker Gespräche zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.....	6
6	Festakt zum 80. Geburtstag für Heinrich Reiner mann an der DUV Speyer	7
7	Neue Gesichter: Sebastian Fritz und Paul Sradnick.....	8
8	Publikationen.....	9
9	Vorträge und Diskussionen.....	9
10	Medienspiegel	10
11	Ausblick, Aktivitäten & Termine.....	11
12	Impressum.....	11

1 Vorwort zur Bundestagswahl 2017

Zum Ende der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags (2013-17) ist es nach dem [Digital-Gipfel](#) und dem [Zukunftskongress](#) vollkommen offen, wie es organisatorisch, inhaltlich und finanziell mit Electronic Government in Deutschland nach der Bundestagswahl weitergehen wird. Trotz eines jahrzehntelangen Engagements, hohen laufenden Investitionen in Personal und Technik sowie eines E-Government-Gesetzes auf Bundesebene (2013) wird die Lage und der Umsetzungsstand vom Deutschen Bundestag ([Drucksache 18/9056](#), [Drucksache 18/9788](#) und [Drucksache 18/10865](#)), vom [Nationalen Normenkontrollrat](#) und der [Deutschen Bundesregierung](#) nicht positiv beurteilt. Von Seiten der Parteien gibt es unterschiedliche Vorstellungen zur Digitalisierung von Staat und Verwaltung, die bis zu einer Bundesagentur Digitales Deutschland im Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramts und zu einem Bundesministerium für Digitalisierung reichen. Jeder Bundesminister möchte für sein jeweiliges Ressort und seinen nachgeordneten Bereich eigene Akzente setzen, falls noch Haushalts- und Personalmittel zur Verfügung stehen. Allerdings drängen Pensionslast und Schuldenbremse Bund und Länder zum Handeln. Vielmehr ist eine Konsolidierung angesagt. Auch besteht kaum Raum für digitale Innovationen. Verwaltungsebenenübergreifend kann nur begrenzt gedacht und gehandelt werden. Auf Wissenschaftler als Innovationstreiber und ihre Konzepte wird nur begrenzt zurückgegriffen.

In den kommenden drei Monaten vor der nächsten Bundestagswahl wird sich zeigen, inwieweit die Parteien die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung erkennen und diese in ihren [Wahlprogrammen](#) mit überzeugenden Programm vorschlägen aufgreifen. Die fortschreitende Digitalisierung hat Wirtschaft, Gesellschaft und den Staat durch die Macht des Faktischen bereits nachhaltig verändert. Smartphones und viele andere smarte Geräte sind nach mehr als zehn Jahren aus unserem

Alltag derzeit nicht mehr wegzudenken. Die technische Entwicklung wirkt hier wie ein Katalysator im Positiven wie im Negativen. Globale Informations- und Kommunikationsnetze verbessern die Erreichbarkeit und Transparenz, stärken Netzwerke oder erhöhen deren Handlungsfähigkeit. Aufbau- und Ablauforganisationen werden hinterfragt. Prozess- und Wertschöpfungsketten werden automatisiert. Neuartige cyberphysische Systeme treffen Entscheidungen. Unbescholtene Bürger akzeptieren aber auch die Überwachung und Auswertung ihres Kommunikationsverhaltens, selbst wenn dies Datenschützer kritisieren und abzuwehren versuchen. Sogar Bundestrojaner sollen jetzt kommen. Berechtigte Sorge besteht auf Seiten der Bundesregierung aber auch vor einer Einflussnahme von außen, vor Desinformation und Gegenpropaganda sowie vor Armeen von Social Bots zur Beeinflussung der Wähler. Nun sind also die Parteien gefragt, wie sie mit Programmvorschlägen nicht nur das Land gestalten, sondern die Digitalisierung zur Modernisierung von Staat und Gesellschaft einsetzen möchten, um Gestaltungsperspektiven für die Zukunft zu sichern.

Sehr viel interessierter als zu früheren Bundestagswahlen erwarten die deutschen Wähler von den Parteien jetzt überzeugende Vorschläge, wie auf die Herausforderungen der Digitalisierung, des demographischen Wandels, der Pensionslast, der Verschuldung und der (Un-)Sicherheit reagiert werden soll. Schließlich ist der Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland in Gefahr, wenn der Anschluss an die Digitalisierung verpasst wird und der Standort Deutschland in wenigen Jahren nicht mehr wettbewerbsfähig wäre. Die künftige Bundesregierung wird vor allem den zunehmend breiteren Handlungsrahmen zur konstruktiven Gestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft abstecken müssen, Entwicklungspfade bestimmen, Reallabore einrichten und das Land ins Gigabit-Zeitalter mitnehmen müssen. Und es wird auch in digitale Infrastrukturen investiert werden müssen.

E-Government, Open Government und Smart Government werden im Bundestagswahlkampf 2017 nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der Wähler möchte sich eigentlich nicht mit der Verwaltung auseinandersetzen, und die meisten Politiker wollen es eigentlich auch nicht. Dennoch müssen die vom Wähler beauftragten Politiker mit einem klaren Mandat ausgestattet werden, die jetzt noch eine leistungsfähige Verwaltung mit starker Innovationskraft und eine digitale Verwaltungsinfrastruktur einfordern. Konsolidierung durch mehr Informationstechnologie, Zusammenlegungen und Personalabbau wird als Regierungsprogramm nicht mehr ausreichen. Überzeugende innovative Ansätze sind erforderlich, die Mehrwerte eröffnen und substantielle Verbesserungen bringen. Vielleicht muss dies auch auf der grünen Wiese geschehen, durch den Aufbau neuartiger Verwaltungsdienstleistungszentren. Die Vision des Portalverbunds, die übergreifende elektronische Akte und die elektronische Rechnung zeigen für E-Government in die richtige Richtung. Überzeugende Leitbilder zur [weiteren Öffnung \(Open Government\)](#) und zur [intelligenten Vernetzung \(Smart Government\)](#) müssen folgen und in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden. Ein „Weiterso“ bringt dagegen keine wesentlichen Verbesserungen. Dies ist der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Nationalen Normenkontrollrat bewusst. Und in wenigen Jahren werden Verschuldungsbremse, Pensionslast und die Demographie dafür sorgen, dass keinerlei Handlungsspielräume mehr bestehen. Also wann, wenn nicht nach der Bundestagswahl im Herbst 2017, wäre der richtige Zeitpunkt für eine strategische Neuaufstellung? Das geht aber nur, wenn sich entsprechende Forderungen auch in den Wahlprogrammen der Parteien wiederfinden. Diese werden gerade jetzt finalisiert und beschlossen. Denken Sie daran, wenn Sie sich in den kommenden Tagen in die Digitalisierungsdebatte einbringen.

Ihr Jörn von Lucke

↑ **Zum Anfang** ↑

2 Herzlicher Dank an Katharina Große für die gute Zusammenarbeit



Nach über vier Jahren am TOGI hat Katharina Große Ende März 2017 die Zeppelin Universität verlassen und wechselte nahtlos in das [Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg](#) nach Stuttgart als Referentin für E-Government, Open Government und Verwaltungsmodernisierung. Frau Große wirkte als akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik seit 2012 beim weiteren Ausbau vom The Open Government Institute mit. Ihre Forschungsergebnisse, die sich hauptsächlich im TOGI-Schwerpunkt „Open Government“ und insbesondere bei E-Partizipation fokussieren, präsentierte sie unter anderem auf der [Internet, Policy & Politics Konferenz](#) des Oxford Internet Institute, der [CeDEM](#) in Österreich und der [Fachtagung Verwaltungsinformatik](#). Als Expertin referierte sie zu [Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung](#) und diskutierte die [Rolle der](#)

[Partizipation bei Smart Cities](#). Im Rahmen des [Forschungsnetzwerks Liquid Democracy](#) leitete sie die Untersuchung der [Online-Partizipation der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“](#). Neben einer [Vielzahl weiterer Veröffentlichungen](#) bloggte Frau Große für die Netzpiloten über die [Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft](#). Ergänzend organisierte sie internationale Workshops, Barcamps und Konferenzen an der Zeppelin Universität und moderierte mehrmals Sitzungen auf der [Open!Konferenz](#) in Stuttgart. Sie lehrte an der Zeppelin Universität zu Wissenschaftlichen Arbeitsweisen und Forschungsdesign. Zusätzlich führte sie Seminare an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg und für die Winterschool „Democratic Governance“ der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) durch. Sie konzipierte und leitete einwöchige Schülerakademien zu den Themen „[E-Partizipation](#)“ und „Open Government“. In ihrer Promotion entwickelte sie eine Typologie für benutzerzentrierte E-Partizipation, auf deren voraussichtliche Veröffentlichung wir uns im Sommer 2017 sehr freuen. An dieser Stelle möchte sich das gesamte TOGI noch einmal bei ihr ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit und die fachlich konstruktive Unterstützung bedanken.

↑ [Zum Anfang](#) ↑

3 Gerne ambitionierter: ISEK Friedrichshafen auf dem Weg zur Stadt 4.0

Mit dem [ISEK Friedrichshafen](#) greift die Stadt Friedrichshafen alle Themen der Stadtentwicklung auf, um sich für die kommenden 15 Jahre eine abgestimmte Planungsgrundlage zu erarbeiten. Das [Büro KoRiS](#) aus Hannover ist mit der Erstellung des ISEK beauftragt. Es erarbeitet in einem etwa einjährigen Prozess mit Verwaltung, Gemeinderat, Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Bürgern zentrale Ziele und Handlungsschwerpunkte für die Stadtentwicklung Friedrichshafens bis zum Jahr 2030. In einem breit angelegten Beteiligungsverfahren gibt es Informationsveranstaltungen, Workshops und Online-Foren. Der öffentliche Beteiligungsprozess ist im April 2016 mit der Auftaktveranstaltung im GZH gestartet. Im Juli 2016 fanden sechs Einzel-Workshops zu den verschiedenen ISEK-Themen statt. Seit Herbst liegt der Schwerpunkt auf der Beteiligung verschiedener Zielgruppen. Nachdem das Thema Digitalisierung in der ehemaligen [T-City Friedrichshafen](#) zunächst keine besondere Bedeutung mehr spielen sollte, wird dies von Seiten der Stadt Friedrichshafen und des Stadt-

planungsamts nach Impulsen von Prof. von Lucke und einem [Expertenforum zur Digitalisierung](#) im Herbst 2016 nun anders eingeschätzt. Am 17. März 2017 fand ein öffentliches [ISEK-Forum zur Smart City](#) mit einem Impulsvortrag von Klaus Illigmann (Abteilungsleiter im Referat für Stadtplanung und Bauordnung in der Landeshauptstadt München) zu „[Smart and the City – muss Stadtentwicklung neu gedacht](#)“ statt. Dieser zeigte die allgemeinen Rahmenbedingungen für Städte auf, die sich der Thematik der Digitalisierung und der digitalen Transformation zur „Smart City“ widmen. Für die Landeshauptstadt München seien dies noch relativ neue Themenfelder, die erst seit etwa zwei Jahren intensiv bearbeitet werden. Das [Projekt T-City in Friedrichshafen](#) hat man in München durchaus 'neidvoll' wahrgenommen. Digitale Technologien, so Illigmann, bewirken einen schnellen Wandel, der aber oftmals im Verborgenen stattfindet. Um die vielfältigen Aufgaben zur Umsetzung von Smart City bewältigen zu können, muss eine Stelle vorhanden sein, die integriert arbeitet, gut vernetzt und nah an den Kompetenzträgern angesiedelt ist und die zudem schnelle Entscheidungen treffen kann. Die Landeshauptstadt München schreibt seit 1988 ihr [Stadtentwicklungskonzept](#) laufend fort, in das die digitale Transformation inzwischen aufgenommen worden ist. Mit der [Zukunftsschau München 2040+](#) ist eine Trendanalyse mit 16 Schlüsseltrends erarbeitet worden. Das Real-Labor umfasst verschiedene experimentelle Projekte wie zum Beispiel „[City2Share](#)“, „[Civitas eccentric](#)“ und das EU-Projekt „[Smarter Together](#)“. Jede Stadt ist individuell und sollte nach Meinung von Klaus Illigmann ihren eigenen Weg für die Entwicklung zur Smart City finden. Es gilt, ein eigenes Profil für diesen Bereich zu entwickeln. „Die Stadt von morgen ist aber nicht die Stadt von heute mit etwas Digitalisierung“. Städte müssen sich klar zur Digitalisierung positionieren und aktiv eine Smart-City-Strategie entwickeln. In der anschließenden Diskussion wurde auf die gute Ausgangsbasis Friedrichshafen hingewiesen, zugleich aber auch zu mehr Engagement aufgerufen, um den Anschluss an die technische Entwicklung nicht zu verlieren.



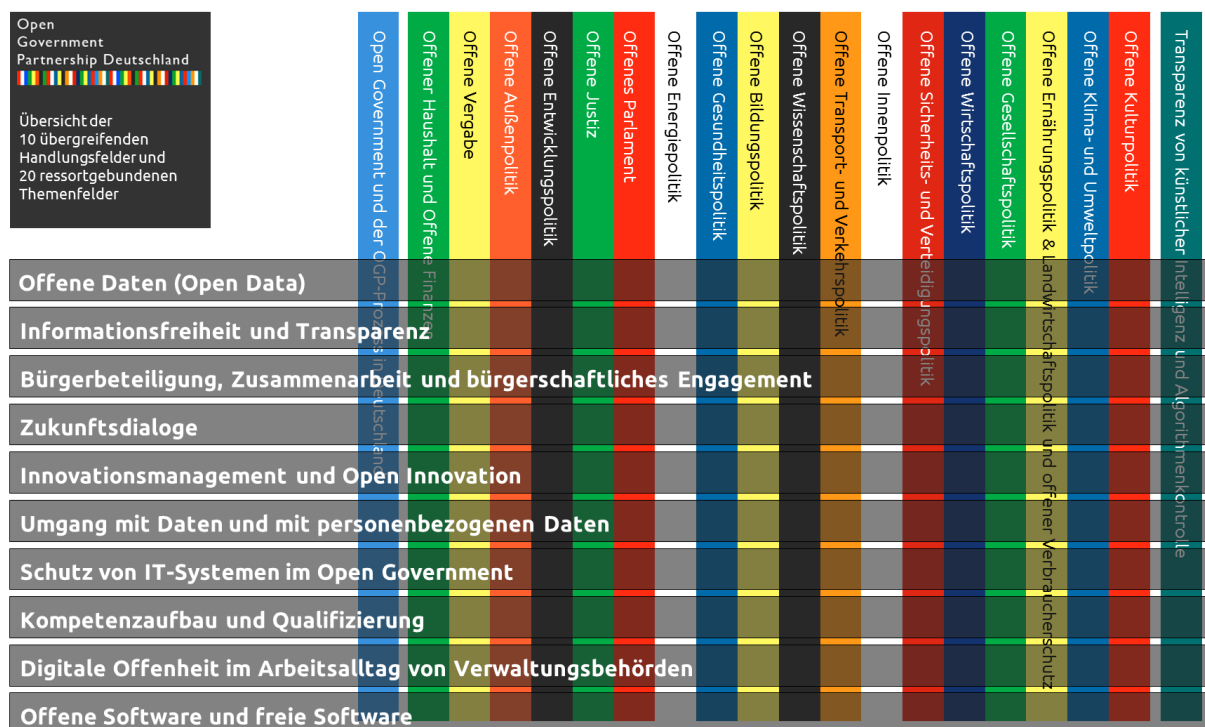
Am 23. Mai 2017 stellte KoRiS in einem vierten Workshop einen ersten [Entwurf des ISEK-Handlungskonzept](#) der Häfler Öffentlichkeit vor. 17 Leitlinien sollen in den kommenden Jahren weiter verfolgt werden, darunter das Aktionsprogramm Wohnen in Friedrichshafen, die Verkehrsentwicklung, die Klimastadt, die grüne Infrastruktur, eine Planungskultur, ein attraktives Stadtbild, Einkaufsstadt mit Aufenthaltsqualität, attraktiver Wirtschaftsstandort, das Zukunftsquartier Fallenbrunnen, der Hinterer Hafen als „Wasserstadt FN“, ein Ufergesamt-konzept und Stadt 4.0. Die Leitlinie „Stadt 4.0“ weckt hohe Erwartungen an eine Smart City, die der erste Entwurf nicht erfüllt. Vielmehr sollen bis 2030 vor allem Grundlagen gelegt werden, wie der Ausbau der digitalen Infrastruktur, eine koordinierende Stelle, eine verwaltungsinterne Prozessoptimierung und die Umsetzung von einzelnen Modellprojekten realisiert werden können. Dies entspricht durchaus dem Ziel „Stadt 1.0“ als wichtigem Schritt auf dem Weg zur Smart City.

Viele weitergehende Ideen und Hinweise der Bürger aus dem ISEK-Prozess werden im Entwurf zwar erwähnt, aber in den Planungen von KoRiS nicht weiter aufgegriffen. Für den Erhalt des T-City-Niveaus mag dies ausreichend sein. Der Häfler Anspruch muss aber doch sehr viel ambitionierter sein, möchte man in Zukunft nicht von anderen smarten Regionen abgehängt werden.

↑ [Zum Anfang](#) ↑

4 Erster Nationaler Aktionsplan Open Government (#OGPDE)

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Dezember 2016 ihre Teilnahme an der [Open Government Partnership](#) erklärt. Damit ist die dauerhafte Grundlage gelegt worden, ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln im Zusammenwirken mit der Zivilgesellschaft zu konkretisieren und zu professionalisieren. „[Demokratie heißt zuhören und die Hand reichen](#)“ formulierte es Bundesinnenminister Thomas de Maizière in Vertretung der Bundeskanzlerin. Bis Ende Juni 2017 möchte die Deutsche Bundesregierung den ersten Nationalen Aktionsplan Open Government beschließen. Dazu lud das Bundesinnenministerium im Februar 2017 unter Einbindung des [Arbeitskreises Open Government Partnership Deutschland](#) Vertreter der Zivilgesellschaft zu einem Workshop nach Berlin ein. Im Nachgang des Auftaktworkshops konnte der Arbeitskreis Mitte März 2017 dem Bundesministerium des Innern [270 Vorschläge aus der Zivilgesellschaft mit Maßnahmen in zehn übergreifenden Handlungsfeldern sowie in zwanzig ressortbezogenen Themenfeldern](#) überreichen.



Parallel zu den Gesprächen mit der Zivilgesellschaft wurden auch die Bundesministerien aufgefordert, sich ressortbezogen bis Ende April 2017 Gedanken über Beiträge zu einem Aktionsplan zu machen. Zwar unterblieb eine Anfrage der Bundesregierung bei Ländern und Kommunen. Die künftige Mitwirkung von Ländern und Kommunen wurde schon im März 2017 über den IT-Planungsrat anvisiert. Ein geeignetes Verfahren muss aber noch erarbeitet werden. Ende Mai 2017 gab es ein [erstes Feedback der Bundesregierung](#). 26 Empfehlungen haben das Potential in den ersten Nationalen Aktionsplan aufgenommen zu werden. 50 Empfehlungen existieren laut Bundesregierung bereits in vorgelegener oder ähnlicher Form. 38 Empfehlungen erscheinen der Bundesregierung für eine Aufnahme nicht geeignet, da sie übergreifende Zuständigkeiten über die Bundesebene hinweg adressieren. 7 Empfehlungen erscheinen der Bundesregierung für eine Aufnahme in den ersten Nationalen Aktionsplan nicht geeignet, weil damit Gesetzesänderungen notwendig wären. 112 Empfehlungen erscheinen der Bundesregierung für eine Aufnahme in den ersten Plan nicht geeignet, da noch ein erhöhter Erklärungs- beziehungsweise Diskussionsbedarf besteht.

Derzeit arbeitet das zuständige Bundesinnenministerium an einem Entwurf für einen Aktionsplan und der Ressortabstimmung. Weitere Aussagen über Inhalte sind bislang nicht nach außen gedrungen. Realistisch werden sich eine überschaubare Anzahl erreichbarer Maßnahmen im Aktionsplan befinden, allerdings nur konsensfähige, die sich mühelos mit dem bestehenden Personal und vorhandenen Haushaltsmitteln erreichen lassen. Eine Bereitstellung von zusätzlichen und den neuen Aufgaben angemessenen Haushaltsmitteln und Personalstellen kann dann nur durch Umschichtungen erreicht werden. Ziel bleibt weiterhin ein Kabinettsbeschluss zum ersten Nationalen Aktionsplan Open Government bis Ende Juni 2017. Der Deutsche Bundestag als Legislative muss zum Nationalen Aktionsplan nicht mehr gehört werden. Eine Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen erfolgt dann in den folgenden 24 Monaten. Der gesamte Prozess soll transparent online dokumentiert und kommuniziert werden. Zum Abschluss 2019 erfolgt eine Selbstbewertung durch die Bundesregierung sowie eine externe und unabhängige Evaluation durch die OGP.

Eine weitere Erkenntnis kann unabhängig von der finalen inhaltlichen Ausgestaltung durch die Bundesregierung gezogen werden. Noch befinden sich viele Themenfelder in einem sehr frühen Entwicklungsstadium. Sie sind für die Strategen und für eine Umsetzung derzeit kaum greifbar. Eine intensivere Auseinandersetzung sowie Umsetzungen machen erst im Rahmen des zweiten Nationalen Aktionsplans (2019-21) oder sogar des dritten Nationalen Aktionsplans (2021-23) Sinn.

↑ **Zum Anfang** ↑

5 28. Glienicker Gespräche zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung war das zentrale Thema des 28. Glienicker Gesprächs an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Auf der jährlich stattfindenden Fachtagung für Wissenschaftler und Entscheidungsträger der öffentlichen Verwaltung diskutierten vom 11.–13. Mai 2017 Experten aus Hochschulen und Verwaltung über die aus der Digitalisierung resultierenden Veränderungen für Praxis, Lehre und Forschung.

In seiner Keynote machte Marc Schardt vom Bundesministerium des Inneren, bis Ende April 2017 Leiter der Geschäftsstelle des IT-Planungsrates, deutlich, dass Deutschland bei der Digitalisierung im europäischen Vergleich Aufholbedarf hat und Bund, Länder und Kommunen dringend Maßnahmen ergreifen müssen. Für deren Entwicklung und Umsetzung benötigt es Fach- und Führungskräfte. Deshalb spielt der Komplex der Digitalisierung auch in der Hochschulbildung eine zunehmend wichtigere Rolle. Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider, Professorin für Verwaltungsinformatik an der HWR Berlin, erörterte die Anforderungen an die Konzeption und Modernisierung von Studiengängen, die für die öffentliche Verwaltung qualifizieren. Jobsicherheit allein genügt nicht mehr. Im härter werdenden Wettbewerb um gute Studienbewerber und Hochschulabsolventen auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind neben einer attraktiven Bezahlung auch Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten maßgebliche Instrumente in der Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung.

Die Digitalisierung eröffnet nicht nur Chancen im Bereich der Verwaltungsdienstleistungen, sondern auch neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit staatlicher Organisationen, für die Bürgerbeteiligung, die Infrastruktursteuerung und zur Kriminalitätsbekämpfung. In den Vorträgen und Workshops ging es ferner um das Prozessmanagement der Digitalisierung in Forschung, Lehre und Verwaltungspraxis. Das Fachpublikum diskutierte konkrete Veränderungen der Arbeit von Polizei und Justiz sowie „Open Government und Smart Government“. Prof. von Lucke stellte mit seinem Impuls das offene und das intelligent vernetzte Regierungs- und Verwaltungshandeln im öffentlichen Sektor vor. Mit „Open

Government“ öffnen sich Staat und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Dies soll zu mehr Transparenz und Teilhabe führen, zu einer intensiven Zusammenarbeit, mehr Innovation und zur Stärkung gemeinschaftlicher Belange. Der Einsatz von smarten Objekten und cyberphysischen Systemen wird für weitere disruptive Veränderungen im öffentlichen Sektor sorgen, auf die sich Staat und Verwaltung frühzeitig vorbereiten sollten. Szenarien und erste Prototypen gibt es bereits für das Gesundheits-, Energie- und Verkehrswesen, aber auch für Bauverwaltungen, Gerichte und die Feuerwehr.

↑ **Zum Anfang** ↑

6 Festakt zum 80. Geburtstag für Heinrich Reinermann an der DUV Speyer



Mitte März 2017 konnte die zum 80. Geburtstag erstellte Festschrift „Verwaltung, Informationstechnik und Management“ für Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann ihm im Rahmen eines feierlichen Festakts in den Räumen der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer persönlich überreicht werden. Die Übergabe wurde begleitet von sechs Festvorträgen seiner akademischen Mitstreiter und Weggefährten, die auf sein Leben und Werk in ganz unterschiedlichen Facetten eingegangen sind. Jörn von Lucke reflektierte das Wirken Heinrich Reinermanns in Speyer, in der Verwaltungsinformatik, im Public Management und in den Verwaltungswissenschaften und ging auf seine Bedeutung für viele heutige Akteure in Wissenschaft und Praxis ein. Klaus Lenk unterstrich, wie wichtig eine transdisziplinäre Verwaltungswissenschaft ist. Sie muss in zwei Richtungen offen sein, zur Rechtswissenschaft und zu den professionellen Sicht-

weisen der einzelnen Berufe in der öffentlichen Verwaltung. Veit Mehde reflektierte die Aufsätze der letzten zehn Jahre der Fachzeitschrift Verwaltung & Management. Dabei zeigte er die vielfältigen Themen aus Wissenschaft und Verwaltungspraxis auf, die die von Heinrich Reinermann begründete Zeitschrift auch weiterhin als Forum für Austausch von Ideen, Erfahrungen und Analysen unersetzlich machen. Gunnar Schwarting als Vorsitzender der Johann Joachim Becher-Stiftung strich Heinrich Reinermanns Wirken in der Johann Joachim Becher-Stiftung (JJBS) und bei der Vergabe des Johann Joachim Becher-Preis in den vergangenen Jahren heraus. Roland Traunmüller berichtete aus den Gründerzeiten der Verwaltungsinformatik im deutschsprachigen Raum sowie von der gemeinsamen Tätigkeit in der Gesellschaft für Informatik. Rudolf Fisch hob in seinem Beitrag die Rolle von Heinrich Reinermann als Rektor der damaligen Hochschule für Verwaltungswissenschaften hervor, der mit ihm die Verhandlungsgespräche führte und ihn sehr überzeugend nach Speyer holte.



Heinrich Reiner mann bedankte sich zum Abschluss bei allen Beteiligten für diesen Festakt und die Festschrift. Ihm sei sein Berufsleben sehr wohlwollend vor Augen geführt, was für einen Geehrten eine Freude sei. Zugleich sei eine Art Bilanz für die Periode seiner Aktivitäten und das Entstehen einer Verwaltungsinformatik gezogen worden.

↑ **Zum Anfang** ↑

7 Neue Gesichter: Sebastian Fritz und Paul Sradnick



Seit September 2016 studiert Sebastian Fritz im Master Politics, Administration and International Relations (PAIR) an der Zeppelin Universität. Der Studiengang hat sein Interesse vor allem aufgrund des hohen Anteils an Verwaltungswissenschaften geweckt. Hier begeistern ihn die Themen rund um E-Government und Open Government besonders, die auch Univ.-Prof. Dr. Jörn von Lucke an der Zeppelin Universität unterrichtet. Insbesondere die Digitalisierung und Modernisierung bieten der öffentlichen Verwaltung neue effiziente und effektive Möglichkeiten für mehr Transparenz und Partizipation, denen er sich in den kommenden Jahren intensiv widmen möchte. Zuvor hat er an der Universität Passau Governance & Public Policy (Staatswissenschaften) im Bachelor-Studiengang studiert.

Auch Paul Sradnick studiert seit 2016 im Master Politics, Administration and International Relations (PAIR) in Friedrichshafen. Nach einem erfolgreichen Bachelorabschluss in PR- und Kommunikationsmanagement und erster Arbeitserfahrung in einer politischen Kommunikationsberatung wurde sein Interesse für die Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung geweckt. Vor allem begeistern ihn Smart Government-Projekte und das Vernetzen von Informationen, Portalen sowie Projekte neuer Vertriebskanäle für den öffentlichen Sektor.



Beide unterstützen die Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter am The Open Government Institute als studentische Hilfskräfte seit April 2017. Wir freuen uns auf eine spannende Zusammenarbeit.

↑ **Zum Anfang** ↑

8 Publikationen

Prof. Dr. Jörn von Lucke

- | Smart Government – Intelligent vernetztes Regierungs- und Verwaltungshandeln, in: Hermann Hill, Dieter Kugelmann und Mario Martini (Hrsg.): Perspektiven der digitalen Lebenswelt, Reihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Band 32, Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, S. 99 - 123. ISBN: 978-3848-740895.
- | zusammen mit Katharina Große: Aktionsplan in Arbeit, in: Kommune 21 – E-Government, Internet und Informationstechnik, 17. Jahrgang, Heft 4, K21 Media AG, Esslingen 2017, S. 14 - 15. ISSN: 1618-2901.

Markus Helfert

- | zusammen mit Viviana Bastidas und Marija Bezbradica: Cities as Enterprises: A Comparison of Smart City Frameworks Based on Enterprise Architecture Requirements, in: Alba E., Chicano F., Luque G. (Hrsg.): Smart Cities - Smart-CT 2017, Lecture Notes in Computer Science, Band 10268, Springer, Cham 2017. ISBN 978-3-319-59513-9.
- | zusammen mit Qishan Yang und Mouzhi Ge: Guidelines of data quality issues for data integration in the context of the TPC-DI benchmark, in: The International Conference on Enterprise Information System (ICEIS) - 26-29 Apr. 2017, Porto 2017. ISBN 978-989-758-247-9.

↑ [Zum Anfang](#) ↑

9 Vorträge und Diskussionen

Prof. Dr. Jörn von Lucke

- | Open Government & Smart Government - Aktuelle Forschung am TOGI, HPE, Friedrichshafen 31.03.2017.
- | Smart Government - Update zum intelligent vernetzten Regierungs- und Verwaltungshandeln, Barcamp Bodensee 2017, Konstanz 01.04.2017.
- | Statusbericht Open Government - Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Barcamp Bodensee 2017 Konstanz 01.04.2017.
- | Big und Open: Daten als Chance für die Verwaltungsmodernisierung, Fachkongress Digitaler Staat, Berlin 10.05.2017.
- | Open Government und Smart Government - Bedeutende Entwicklungen für den Öffentlichen Dienst?!, 28. Glienicker Gespräche Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin 12.05.2017.
- | Smart Government in Deutschland - Intelligent vernetztes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Zukunftsstadt Ulm 2030+, Austausch der Zukunftsstädte, Ulm 17.05.2017.
- | Digitalisierung und Mobilität, Kolloquium und Transdisziplinäres Roundtablegespräch zu Grundsatzfragen, Governance und Ethik, Institut für Kommunikationsforschung e.V. und Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), Stuttgart 18.05.2017.
- | Open Government & Smart Government - Aktuelle Forschung am TOGI, HPE, Friedrichshafen 31.05.2017.

Markus Helfert

- | Paneldiskussion: Future Challenges and Opportunities: Urbanization, Mobility and Sustainability, 3rd International Conference on Vehicle Technology and Intelligent Transport Systems (VEHITS), Porto 22.04.2017.
- | Paneldiskussion: The Convergence between Cloud, IoT, Big Data and Security, 7th International Conference on Cloud Computing and Services Science (CLOSER 2017), Porto 24.04.2017.
- | A Training Tool for Demonstrating the Data Quality Bullwhip Effect, Innovative Teaching Approaches in Business Informatics, Wroclaw University of Economics, Breslau 08.-09.05.2017.
- | Building Information in Smart Environments –Use Cases and IT Architecture, National Construction Summit, Dublin 14.06.2017.

Jorge Machado

- | Paneldiskussion: Erfahrung aus Brasilien zur Open Government-Politik und zu Hacker Spaces in Sao Paulo, Zukunftsstadt Ulm 2030+, Austausch der Zukunftsstädte, Ulm 17.05.2017.

↑ **Zum Anfang** ↑

10 Medienspiegel

- | eGovernment Podcast: Interview durch Thorsten Frenzel mit Prof. Dr. Jörn von Lucke, Hannover und München 03.04.2017. ([Online](#), [Audio](#), [Video](#))
- | Michael Hörz über Open Data mit Zitat von Jörn von Lucke: Open Data in Deutschland - Für mehr Transparenz und Demokratie, Goethe Institut e.V., München 2017. ([Online](#))
- | Bettina Schömig: Open Government Partnership: Auftakt für Nationalen Aktionsplan, in: Kommune 21 – E-Government, Internet und Informationstechnik, K21 Media AG, Esslingen 2017. ([Online](#))
- | Manfred Klein: Nationaler Aktionsplan Open Government Partnership - Arbeitskreis übergibt Empfehlungen, eGovernment Computing, Vogel IT-Verlag, Augsburg 29.03.2017. ([Online](#))
- | Stefan Krempf: Open Government: Ruf nach Open-Data-Ökosystem bis 2030, heise Newsletter, Heise Verlag, Hannover 2017. ([Online](#))
- | Johanna zum Felde und Walter Palmesberger: Open Government Partnership: Unsere Vorschläge für den Nationalen Aktionsplan, Open Knowledge Foundation, Berlin 2017. ([Online](#))
- | Verena Barth: Open Government - 270 Vorschläge für nationalen Aktionsplan, in: Kommune 21 – E-Government, Internet und Informationstechnik, K21 Media AG, Esslingen 2017. ([Online](#))
- | Lora Köstler-Messaoudi: Open Government-Empfehlungen, in: Behörden Spiegel Online, Nummer 829, ProPress Verlag, Bonn 2017, S. 1-2. ([Online](#))
- | Alexander Mayer: Wohnen bleibt auf der Agenda ganz oben Stadtentwicklungskonzept (ISEK): 17 Leitlinienprojekte sollen Friedrichshafen zukunftsfähig machen, Schwäbische Zeitung, Lokalausgabe Friedrichshafen, 26. Mai 2017, Friedrichshafen 2017, S. 19. ([Online](#))
- | Gerlinde Dalder über Smart Government: Wenn der Bauantrag "smart" wird - Von Social Media zu Smart Government und Verwaltung 4.0, Samsung Business Life, Heft 6, Samsung Electronics GmbH, Schwalbach/Taunus 2017, S. 19-21. ([Online](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

11 Ausblick, Aktivitäten & Termine

- | 26. – 27. Juni 2017 OpenData.ch-Kongress, Luzern ([Website](#))
- | 30.08 – 01. September 2017 EGPA 2017, Mailand ([Webseite](#))
- | 04. – 07. September 2017 EGOV-EPART 2017, St. Petersburg ([Website](#))
- | 12. Oktober 2017 Open Government Tag München 2017 ([Webseite](#))
- | 16. – 17. Oktober 2017 Smart-City-Kongress, Speyer ([Webseite](#))
- | 10. – 11. November 2017 Smart Government DACHLI, Ulm ([Webseite](#))
- | 11. – 13. November 2017 BarCamp Zukunftsstadt Ulm 2030, Ulm ([Webseite](#))
- | 06. Dezember 2017 Open!2017, Stuttgart ([Website](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

12 Impressum

Anschrift

Prof. Dr. Jörn von Lucke
Zeppelin Universität Friedrichshafen
The Open Government Institute | TOGI
Lehrstuhl für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik
Am Seemooser Horn 20
88045 Friedrichshafen

Kontakt

Telefon | 00 49 7541 6009-1471
Fax | 00 49 7541 6009-1499
e-Mail | joern.vonlucke@zu.de
Web | <http://togi.zu.de>

↑ **Zum Anfang** ↑